

Universität Leipzig

# **Erste Änderungssatzung zur Wahlordnung der Universität Leipzig**

Vom 11. September 2020

## **Artikel 1**

Die Wahlordnung der Universität Leipzig vom 24. Januar 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 5) wird wie folgt geändert:

### **1. Zu § 7**

Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) <sup>1</sup>Bei unmittelbaren Wahlen erlässt der/die Wahlleiter\_in spätestens am 49. Tage vor dem ersten Wahltag die Wahlausschreibung. <sup>2</sup>Sie wird durch Aushang an den amtlichen Aushangstellen als Wahlbenachrichtigung bekanntgemacht. <sup>3</sup>An die Stelle eines Aushangs nach Satz 2 tritt die Bekanntmachung auf den Internetseiten der Universität Leipzig, wenn der Aushang nach Satz 2 nicht möglich ist.“

Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

„(3) Die Lage der Wahllokale und die Zuordnung der Wahlberechtigten gibt der/die Wahlleiter\_in spätestens am 30. Tage vor dem ersten Wahltag in einer Anlage zur Wahlausschreibung bekannt.“

### **2. Zu § 13**

Nach § 13 Absatz 1 werden die nachfolgenden Absätze neu gefasst:

„(2) <sup>1</sup>Der/Die Wahlleiter\_in kann im Einvernehmen mit dem Wahlausschuss für unmittelbare Wahlen die Stimmabgabe ausschließlich in Form der Briefwahl für alle Wahlberechtigten anordnen. <sup>2</sup>Die Anordnung nach Satz 1 ist nur zulässig, wenn die Stimmabgabe nach § 12 aufgrund höherer Gewalt, behördlicher Anordnung oder ander-

weiteren Tatsachen so beeinträchtigt wäre, dass die Wahl aller Voraussicht nach nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann.<sup>3</sup>Die Anordnung nach Satz 1 kann auch für eine bereits ausgeschriebene Wahl erfolgen; in diesem Fall sind die bereits festgelegten Wahltermine aufzuheben und eine Frist durch den Wahlausschuss festzulegen, innerhalb derer die Briefwahlunterlagen bei dem/der Wahlleiter\_in eingegangen sein müssen.<sup>4</sup>Die Anordnung nach Satz 1 gilt als wichtiger Grund nach § 2 Abs. 9; sie kann auf bestimmte Wahlkreise oder Wahllokale beschränkt werden.

- (3) <sup>1</sup>Im Falle einer Anordnung nach Absatz 2 Satz 1 werden allen Wahlberechtigten die Wahlunterlagen (Absatz 1 Satz 2) von Amts wegen an die den personalverwaltenden Stellen bekannten oder den im Studienportal AlmaWeb hinterlegten Adressen zugesandt. <sup>2</sup>Den Wahlberechtigten obliegt es, die Aktualität und Richtigkeit der Adressen sicherzustellen. <sup>3</sup>Ist eine Zustellung der Briefwahlunterlagen aufgrund falscher oder unvollständiger Adressen nicht oder nicht rechtzeitig möglich, so geht dies zu Lasten des/der Wahlberechtigten und stellt keinen Grund für eine Wahlanfechtung nach § 19 Abs. 2 dar. <sup>4</sup>Absätze 5 bis 8 gelten sinngemäß. <sup>5</sup>Hochschulweit wird zusammenfassend ein Briefwahllokal eingerichtet. Es wird ein Wahlvorstand eingesetzt, der aus Vertreter\_innen aller Mitgliedergruppen besteht.
- (4) Im Falle des Absatzes 2 können die nach Maßgabe der Wahlordnung notwendigen Bekanntmachungen auf elektronischem Wege erfolgen.
- (5) <sup>1</sup>Die Briefwähler\_innen müssen dem/der Wahlleiter\_in in einem verschlossenen Briefumschlag (Wahlbrief) den Wahlschein und die in den Wahlumschlag eingeschlossenen Stimmzettel so rechtzeitig übersenden, dass der Wahlbrief dem/der Wahlleiter\_in einen Tag vor Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Zeit zugeht. <sup>2</sup>Dem/Der Wahlleiter\_in nach diesem Zeitpunkt zugehende Wahlbriefe gelten nicht als Stimmabgabe. <sup>3</sup>Die Stimmabgabe erfolgt bei der Briefwahl gemäß Absatz 7.
- (6) Der/Die Briefwähler\_in beziehungsweise die Vertrauensperson gemäß § 3 Abs. 6 bestätigt auf dem Wahlschein durch Unterschrift, dass er/sie den beigegeführten Stimmzettel als Wähler\_in persönlich beziehungsweise als Vertrauensperson gemäß dem erklärten Willen des/der Briefwähler\_in gekennzeichnet hat.

(7) <sup>1</sup>Die eingegangenen Wahlbriefe werden unter Verschluss ungeöffnet aufbewahrt. <sup>2</sup>Sie werden spätestens am letzten Wahltag den betreffenden Wahlvorständen übergeben. <sup>3</sup>Spätestens nach Abschluss der Stimmabgabe werden den rechtzeitig eingegangenen Wahlbriefen die Wahlumschläge entnommen und die gemäß Absatz 8 gültigen Wahlumschläge nach Vermerk der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis in die Wahlurne gelegt.

(8) <sup>1</sup>Ein Wahlbrief ist zurückzuweisen, wenn

1. er nicht rechtzeitig im Sinne des Absatzes 2 Satz 3 oder des Absatzes 5 Satz 1 eingegangen ist,
2. er unverschlossen eingegangen ist,
3. der Wahlumschlag nicht amtlich gekennzeichnet oder wenn er mit einem anderen Kennzeichen versehen ist oder wenn er außer dem Stimmzettel einen von außen wahrnehmbaren Gegenstand enthält,
4. dem Wahlumschlag kein oder kein mit der vorgeschriebenen Versicherung versehener Wahlschein beigelegt ist,
5. der oder die Stimmzettel sich nicht in einem Wahlumschlag befinden.

<sup>2</sup>In diesen Fällen liegt eine Stimmabgabe nicht vor. <sup>3</sup>Die zurückgewiesenen Wahlbriefe werden einschließlich ihres Inhaltes ausgesondert und im Falle von Nr. 1 ungeöffnet, im Übrigen ohne Öffnung des Wahlumschlages verpackt als Anlage der Wahl Niederschrift beigelegt.“

### 3. Zu § 18

§ 18 wird im Anschluss an seinen Absatz 1 wie folgt neu gefasst:

„(2) <sup>1</sup>Sind Ersatzvertreter\_innen nicht vorhanden, findet in den Fällen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 eine Ergänzungswahl nach Maßgabe von Absatz 3 und Absatz 4 statt, die auf die betroffenen Gruppen und den entsprechenden Wahlkreis zu beschränken ist. <sup>2</sup>Gewählt wird nur für die verbleibende Restdauer der Wahlperiode nach § 8. <sup>3</sup>Bei der Ergänzungswahl finden die Vorschriften dieser Wahlordnung entsprechende Anwendung. <sup>4</sup>Dabei kann der Wahlausschuss durch Beschluss von dieser Wahlordnung abweichende Regelungen über Verfahrensfristen und die Zeit der Stimmabgabe vorsehen.

(3) In der Gruppe der Hochschullehrer\_innen (§ 50 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SächsHSFG) findet eine Ergänzungswahl statt, wenn anderenfalls

die Gruppe der Hochschullehrer\_innen nicht mehr über die Mehrheit der Stimmberechtigten im jeweiligen Gremium verfügt.

- (4) <sup>1</sup>In den Gruppen der akademischen Mitarbeiter\_innen (§ 50 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SächsHSFG) und der sonstigen Mitarbeiter\_innen (§ 50 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 SächsHSFG) findet eine Ergänzungswahl einmal jährlich während der Vorlesungszeit des Sommersemesters statt, soweit in dem betreffenden Sommersemester keine turnusmäßige Wahl nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 durchgeführt wird. <sup>2</sup>In der Ergänzungswahl gewählte Vertreter\_innen der Gruppen nach § 50 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 und 4 werden gemäß § 17 Abs. 1 Mitglied des Gremiums, wenn die Gruppe der Hochschullehrer\_innen danach über die Mehrheit der Stimmberechtigten im Gremium verfügt. <sup>3</sup>Anderenfalls beginnt ihre Mitgliedschaft im Gremium erst im Anschluss an eine Ergänzungswahl nach Absatz 3, die gewährleistet, dass die Gruppe der Hochschullehrer\_innen auch unter Einbeziehung der nach diesem Absatz gewählten Gruppenvertreter\_innen über die Mehrheit der Stimmberechtigten im Gremium verfügt.
- (5) <sup>1</sup>Sind im Fall von § 1 Abs. 1 Nr. 4 Stellvertreter\_innen des/der Gleichstellungsbeauftragten nicht vorhanden, findet ebenfalls eine Ergänzungswahl statt; diese ist auf den entsprechenden Wahlkreis zu beschränken und erfolgt für die verbleibende Restdauer der Amtszeit nach § 8. <sup>2</sup>Absatz 2 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.
- (6) Scheidet ein/e gewählte/r Vertreter\_in aus, gelten Absatz 1 bis 5 sowie § 17 entsprechend.“

#### 4. Zu § 32

§ 32 Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:

„<sup>1</sup>Der/Die Kandidat\_in, auf den/die die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Gleichstellungsbeauftragten entfällt, ist zum/zur Gleichstellungsbeauftragten der Universität gewählt. <sup>2</sup>Kommt eine Wahl nicht zustande und gibt es mehr als eine/n Kandidat\_in, findet zwischen den Kandidat\_innen mit den meisten Stimmen ein weiterer Wahlgang statt. <sup>3</sup>Satz 1 und 2 gelten für die Wahl der Stellvertreter\_innen entsprechend. <sup>4</sup>Wird die Wahl von dem/der zum/zur Gleichstellungsbeauftragten der Universität gewählten Kandidat\_in rechtswirksam abgelehnt oder scheidet der/die Gleichstellungsbeauftragte vor dem Amtszeitende aus, findet eine Neuwahl statt. <sup>5</sup>Bis dahin werden die Amtsgeschäfte von dem/der rangnächsten Stellvertreter\_in wahrgenommen.“

**5. Zu § 37**

§ 37 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

„(2) Die Fristen nach § 6 Abs. 4 Satz 1, § 9 Abs. 9 und Abs. 10 Satz 2, § 10 Abs. 1 Satz 4, § 13 Abs. 1 Satz 3 und 6, § 13 Abs. 2 Satz 3, § 17 Abs. 1 Satz 2 und § 19 Abs. 1 sind Ausschlussfristen.“

**Artikel 2**

1. Diese Änderungssatzung zur Wahlordnung der Universität Leipzig tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen in Kraft.
2. Sie wurde vom Rektorat am 23. Juli 2020 beschlossen; der Senat der Universität Leipzig hat am 14. Juli 2020 sein Einvernehmen hergestellt.

Leipzig, den 11. September 2020

Professor Dr. med. Beate A. Schücking  
Rektorin